

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4196



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Draftanschrift: Expedient

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Einrücktermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckungenort für beide Zelle in Berlin.

Berlin, den 11. August 1931

Drauf! Drauf!

Herstellung
H. G. Geschiedenis
Amsterdam

Durch intensive Propaganda und Aufklärungsarbeit.

SPD. Die Kommunistische Partei hat am 9. August eine katastrophale Niederlage erlitten. Die Parole für den faschistischen Volksentscheid bedeutet den schmachlichsten Arbeiterverrat. Dieser Verrat ist von der Kommunistischen Partei völlig umsonst begangen worden. Das Ziel, das sie erreichen wollte, die Herbeiführung des Chaos, die Machtergreifung des Faschismus, ist nicht erreicht worden. Ein sehr erheblicher Teil der kommunistischen Wähler hat sich von der verräterischen Politik der Kommunistischen Partei abgekehrt. Er hat seinen Stimmzettel nicht für den Faschismus abgegeben.

Deutlich zeigt sich eine Zweiteilung der Kommunistischen Partei. Sie besteht aus dem führenden Kern um die kommunistische Zentrale und einem Kreis von Wählern. Der Kern wird beherrscht von politischen Abenteurern und Berufsrevolutionären, die im Solde Moskaus stehen. Die im Lichte der Öffentlichkeit stehenden kommunistischen Reichstagsabgeordneten haben dabei am wenigsten zu sagen, am meisten dafür Leute, die selbst ein kommunistischer Funktionär weder dem Namen noch dem Ansehen nach kennt. Dort treiben gewissenlose Burschen wie jener Heinz Neumann eine Rolle, der als politischer Provokateur das Blutbad von Kanton mit herbeigeführt hat. Der Kreis der Wähler aus der Arbeiterschaft hingegen sieht in der Kommunistischen Partei nur eine radikale Oppositionspartei, er ahnt es nicht, zu welchen verbrecherischen Zwecken seine Sympathie für die Kommunistische Partei von den gewissenlosen Abenteurern in der kommunistischen Zentrale missbraucht wird.

Dieser Zwiespalt ist jetzt aufgerissen, er wird den kommunistischen Wählern sichtbar. Die kommunistischen Arbeiter empören sich über den schamlosen Verrat der kommunistischen Zentrale. Sie fordern Rechenschaft, sie wollen solchen Verrat nicht länger mitmachen. Das bedeutet unverkennbar eine schwere innere Krise der kommunistischen Partei. Es ist bekannt, dass es längst in der Kommunistischen Partei kriselt. Die kommunistische Zentrale hat deswegen die Partei auf die Illegalität einzustellen versucht. Denn Illegalität bedeutet die Diktatur der politischen Abenteurer der kommunistischen Zentrale, die Forderung, dass jeder kommunistische Funktionär und jeder kommunistische Arbeiter das Maul zu halten und bedingungslos zu gehorchen hat!

Diese gewissenlosen Abenteurer setzen deswegen die Politik der Provokationen fort. Sie haben in letzter Zeit im Reich immer wieder Demonstrationen veranstaltet trotz des Verbotes, sie haben dafür gesorgt, dass diese Demonstrationen zu blutigen Zusammenstößen geführt haben. Jetzt sind sie zu den Methoden des anarchistischen Terrors, zum offenen Mord, übergegangen. Ihre Taktik ging aus von dem Begriff der geschützten Demonstration, der in der Vorgeschichte der russischen Revolution eine Rolle gespielt hat. Geschützte Demonstration: das heisst, dass die Demonstranten von Gruppen begleitet werden, die mit dem Revolver in der Tasche nebenhergehen, um bei Angriffen auf die Demonstrationen die Abwehr zu übernehmen. Daraus hat die Kommunistische Partei

seit langem ein System gemacht: sie hat solche Abwehrgruppen seit Jahren militärisch organisiert. Mit den Schwankungen des kommunistischen Kurses ist diese Bürgerkriegsspielerei bald mehr in den Hintergrund getreten, bald mehr in den Vordergrund. Die Ereignisse zeigen, dass sie heute verbrecherische Formen angenommen hat.

Es kann kein Zweifel mehr sein, dass der Terror gegen die Polizeibeamten und der heimtückische Mord von solchen Gruppen ausgeht. Es ist verbrecherischer Wahnsinn, der nur in den Gehirnen von politischen Abenteurern ausreifen konnte, die bald in diesem und bald in jenem Teile der Welt die Rolle der politischen Provokateure und der Putschtreiber auf Befehl von Moskau gespielt haben. Diese Burschen ist das Leben chinesischer Kulis ebenso gleichgültig wie das Leben deutscher Arbeiter. Sie organisieren mit derselben Kaltblütigkeit den Mord auf deutsche wie auf chinesische Polizisten. Diese Methode des Terrors gegen die preussische Polizei ist ein umso grösseres Verbrechen, als sie darauf abzielt, eine Volkspolizei in die Arme des Faschismus zu treiben!

Diese verbrecherische Taktik der Hintermänner der kommunistischen Zentrale ist nicht aus Ueberlegungen hervorgegangen, die der deutschen Arbeiterbewegung zu eigen sind. Sie hat nichts zu tun mit der sozialistischen Bewegung, dem Klassenkampf der Arbeiterschaft. Die sozialistische Forderung, dass die Arbeiterklasse sich als Partei konstituieren müsse, zielt auf eine Partei von Klassenkämpfern, nicht auf eine Partei von gemeinen Mördern!

Das verräterische Bündnis mit dem Faschismus ist das eine grosse Verbrechen, die Politik der Morde und der Provokationen das andere! Es ist an der Zeit, dass die deutsche Arbeiterbewegung von den Verbrechen wie von den Verbrechern gereinigt wird. Die deutsche Arbeiterschaft hat die anarchistischen und nihilistischen Methoden immer abgelehnt. Sie hat in ihnen immer nicht Akte des Klassenkampfes, sondern Akte von Wahnsinnigen, von deklassierten Bourgeois, von Auswürflingen der Gesellschaft gesehen. Sie ist erfüllt von einem gesunden Abwehrinstinkt gegenüber solchem verbrecherischen Treiben. Dass auch in den kommunistischen Arbeitern dieser Abwehrinstinkt lebt, hat die Empörung über das Bündnis mit dem Faschismus gezeigt. Jetzt gilt es, ihren Abwehrinstinkt gegen die verbrecherischen Methoden der Hintermänner der kommunistischen Zentrale wachzurufen. Denn die Verbindung zwischen der kommunistischen Arbeiterschaft und den verbrecherischen Elementen in der Führung kann nicht gelöst werden durch gewaltsames Eingreifen, die Lösung muss vielmehr das Ergebnis einer intensiven Propaganda und Aufklärungsarbeit sein. Dazu wird es freilich erforderlich sein, dass den schamlosen Hetzlügen der kommunistischen Presse mit Energie entgegengetreten wird, damit die Verbrecher sich nicht durch gewissenloseste Verdrehung der Tatsachen der Verantwortung gegenüber der Arbeiterschaft entziehen können.

Die kommunistische Zentrale wünscht im Augenblick nichts Dringlicheres als die Illegalität. Sie will flüchten vor der Verantwortung und vor der Abrechnung. Es wäre ein schwerer politischer Fehler, ihr diese Flucht zu gestatten. Sie muss in der Öffentlichkeit bleiben, damit sie in der Öffentlichkeit für ihre Verbrechen gerichtet werden kann!

SPD. Im "nationalen Lager" liegt man sich wegen der Pleite vom 9. August heftig in den Haaren. Aus diesem Streit zieht der Berliner Gauführer der NSDAP, Goebbels, die Konsequenzen, indem er den "auch-nationalen" Parteien wie der Volkspartei und den anderen Splintern auf der Rechten einen schweren Fusstritt versetzt. Er ist der Meinung, dass die NSDAP nicht länger in einer gemeinsamen Front mit diesen Splintern marschieren darf. Wörtlich schreibt er in seinem Blättchen:

"Deutlich und unverwischbar müssen die Grenzen abgesteckt sein, die uns von auch-nationalen Parteien auch heute noch, und vielleicht schärfer denn je, trennen. Die nationalsozialistische Bewegung ist in der splendid isola-

tion grossgeworden. Sie tut gut daran, sie auch weiterhin, vor allem jenen bürgerlichen Parteien gegenüber aufrecht zu erhalten, die mit uns gegen Braun kämpften, bestenfalls, um in Preussen an der Verteilung der Minister-sessel zu partizipieren."

Das ist die Quittung der Nazis für die Wahlhilfe der bürgerlichen Splitte Wochenlang durften sie mit der NSDAP an einem Strang ziehen. Jetzt, nach ge-taner Arbeit werden sie von ihren Bundesgenossen von gestern vor den Bauch ge-treten, dass es nur so kracht.

SPD. Paris, 11. August (Eig. Drahtb.)

Der Orkan, der am Sonntag über Toulon und Umgebung hinwegging, hat, wie jetzt endgültig feststeht, sieben Todesopfer gefordert. Ausserdem wurde ein junger Mann auf dem Rade durch Blitz getötet. Die Leichen wurden am Dienstag auf Kosten der Stadt feierlich beigesetzt.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte auf ihrer letzten Tagung eine wesentliche Abänderung der Notverordnung vom 5. Juni 1931 für notwendig erklärt und auch vor ihrer damaligen politischen Entscheidung die Zusag des Reichskanzlers für entsprechende Abänderungen erhalten. Im Juli war die erste Fühlungnahme mit der Reichsregierung erfolgt, jedoch konnten die beabsich-tigten Verhandlungen infolge der inzwischen eingetretenen katastrophalen Geld- und Kreditkrise nicht sofort geführt werden. Jetzt sind die erforderlichen Besprechungen mit den zuständigen Ressorts aufgenommen worden.

Das Ziel der Sozialdemokratie ist die Wiederherstellung des Tarifrechts für die öffentlichen Arbeitnehmer, die Beseitigung der Härten in der Arbeits-losenversicherung und der Krisenfürsorge, die Abänderung der Bestimmungen im Versorgungswesen für die Kriegsbeschädigten, die Beseitigung der Ungerechtig-keiten in der Staffelung der Gehaltskürzungen für Beamte und der Umbau der Krisensteuer.

SPD. Schwerin, 11. August (Eig. Drahtb.)

Die mecklenburgische Rechtsregierung, die von Nationalsozialisten abhän-gig ist, hat entgegen der Anregung der Reichsregierung eine Verfassungsfeier nicht abgehalten, jedoch waren die Staatsgebäude mit schwarzrotgoldenen Fah-nen beflaggt.

Die in Schwerin vertretenen obersten Reichsbehörden veranstalteten da-gegen eine "Feier", die ein wahrer Skandal war. So hatte man sich als Fest-redner einen Monarchisten, den erzreaktionären Oberkirchenrat Dr. Gösch ver-schrieben. Seine Ausführungen waren derart herausfordernd, dass die Vertreter des Reichsbanners demonstrativ den Saal verliessen. Auch zahlreiche sozialde-mokratische und linksbürgerliche Persönlichkeiten kehrten der "Feier" ent-setzt den Rücken, sodass Gösch schliesslich nur noch vor einem Drittel der Zu-hörer sprach. Als dann ein Oberregierungsrat vom Landesfinanzamt noch die Dumm-heit begann, Polizeibeamte in den Saal zu rufen, obwohl die Zuhörer sich trotz der provozierenden Ausführungen des Oberkirchenrats ruhig verhielten, wurde die Schar der Festteilnehmer noch kleiner.

SPD. Basel, 11. August (Eig. Drahtb.)

Das Komitee der Finanzsachverständigen bei der BIZ beschloss, die Vertreter der amerikanischen, englischen, französischen, schweizerischen, schwedischen und holländischen Banken, die Deutschland kurzfristige Kredite gewährt haben, für Mittwoch nach Basel zu bitten, um das Problem der Verlängerung dieser Kredite endgültig zu regeln. Die Reichsbank wird durch drei Delegierte vertreten sein.

Die Sachverständigen sind der Auffassung, dass die Frage der kurzfristigen Kredite unbedingt gelöst sein muss, bevor mit der Prüfung der deutschen Finanzlage begonnen werden kann. In der Dienstsitzung des Komitees wurden vor allem die Kreditbedürfnisse des Reiches in den nächsten drei Monaten zahlenmässig festgestellt.

SPD. In dem einfach geschmückten Plenarsaal des Reichstags fanden sich am Dienstag die Mitglieder der Reichs- und Preussischen Staatsregierung, die Gesandten der Länderregierungen, die Vertreter der politischen und wirtschaftlichen Organisationen zu einer schlichten Verfassungsfeier zusammen. Auch die Diplomatenloge war wie der Plenarsaal bis auf den letzten Platz gefüllt. In der Mittelloge hatte der Reichspräsident Platz genommen. In seiner Begleitung befanden sich Reichstagspräsident Löbe, Reichswehrminister Groener und Reichsinnenminister Dr. Wirth.

Der Staats- und Domchor eröffnete die Feier mit Johann Sebastian Bachs Motette: "Der Geist hilft". Die Festrede hielt Reichsfinanzminister Dietrich, der u. a. ausführte:

"In dem Aufstieg nach 1920 haben wir wohl ein zu rasches Tempo eingeschlagen und ist im Volk ein zu starker Optimismus hervorgerufen worden. Der Stoss des Weltkrieges und des Zusammenbruchs ist auch heute noch nicht überwunden. Unser Wiederaufbau ist nicht nur mit unseren eigenen Mitteln geschehen, sondern auch aus dem ersparten Gelde anderer Nationen, das vielfach nur kurzfristig geliehen war. Daraus ist die schwere Not der Gegenwart entstanden.

Aber die Unruhe und das Misstrauen, die die Welt erschüttern, ist schliesslich auf politische Gründe zurückzuführen: Es ist nicht die Krise der Wirtschaft allein, sondern die Krise der Friedensverträge. Wir bauen auf die Hoffnung, dass die Erkenntnis sich mehr und mehr durchsetzt, wie sehr alle Völker voneinander abhängen, und dass daraus die Revision der Verträge hervorgeht.

Die letzten Wochen haben bewiesen, dass unser Staat nicht gefährdet ist. Mit imponierender Ruhe hat das deutsche Volk die schwere Zeit ertragen und sich den harten Massnahmen der Regierung gefügt. Der Deutsche hat sich in dieser Zeit als ein besserer Bürger erwiesen, als man ihm vielfach zugetraut hätte. Nicht die Lust an Hetze und Verleumdung, nicht der Glaube an Wunderdoktoren, sondern Geduld, Mut und Besonnenheit sind die Haupteigenschaften des Deutschen auch in dieser Zeit.

Wir feiern heute das Andenken und die grossen Verdienste des Freiherrn von Stein. Seine politischen Forderungen sind heute erfüllt und schon überschritten worden. Die Weimarer Verfassung hat das deutsche Volk mündig erklärt. Freilich erhebt das mündige Volk Forderungen an Staat und Gemeinden, die nicht erfüllt werden können. Ebenso wie die Wirtschaft zu stürmisch aufgebaut worden ist, ging der Aufbau auch hier in falscher Richtung. Hätten wir nicht besser getan, das platte Land stärker zu entwickeln, mehr Menschen als zufriedene Bürger in dem leeren Osten anzusiedeln, statt sie in den Städten sich notleidend und unzufrieden zusammendrängen zu lassen?

Die letzten Wochen haben gezeigt, dass unser Volk Opfer zu bringen fähig und bereit ist. Es kommt darauf an, ein staatsbewusstes Volk zu erhalten. Man hat die Aufgaben des Staates über seine Leistungsfähigkeit hinaus erweitert. Eine Veränderung des Verhältnisses von Reich, Ländern und Gemeinden zueinander bringt noch nicht die notwendigen Ersparungen. Die Aufgabe ist nicht, die

besonderen Eigenarten und die Vielgestaltigkeit dem deutschen Volke zu nehmen, sondern vielmehr die Zuständigkeiten und Aufgaben ihnen richtig zu verteilen, die finanziellen Konsequenzen zu ziehen und Doppelarbeit zu vermeiden.

Das Fundament, das die Weimarer Verfassung uns gegeben hat, ist durchaus gesund und tragfähig. Der Ansturm gegen die Reichsverfassung wird von der Geschichte einst als Episode gewertet werden. Aber die Anpassung der Verfassung an die Notwendigkeiten der Zeit ist unerlässlich. Die deutschen Gemeinden sind nach glänzender Entwicklung in sehr gefährvoller Lage. Ihnen zu helfen ist um so notwendiger, als die Staatsgesinnung zuerst in der Gemeinde sich entwickelt.

Die Bildung des Staatsbürgers ist das grosse, das entscheidende Problem. Der Freiherr vom Stein hat uns gelehrt, dass die Grösse der Nation von der Qualität ihrer Bürger abhängt. Der Staat, der die besten Bürger hat, wird nicht nur der mächtigste sein, er wird auch stets Ordnung im Innern haben. Mit dem Freiherrn vom Stein sind wir stolz auf unser Volk. Wir feiern die Verfassung in Achtung vor der Vergangenheit und im festen Glauben an Deutschlands Zukunft. (Lebhafter Beifall.)

Der Chor singt nun die Hymne "Sämann Deutschland" von Schaub. Darauf tritt Reichskanzler Dr. Brüning ans Rednerpult:

"Die deutsche Geschichte ist an Höhen und Tiefen reich. Die Bedrängnis der Gegenwart findet ihre greifbarste Parallele wohl nur in den Jahren, in denen der grosse Staatsmann lebte und wirkte, unter dessen Zeichen sich der diesjährige Verfassungstag bewusst stellt. Freiherr vom Stein, Wegbereiter deutscher Einheit und Freiheit, der Führer zum volkhaften Staat ist uns gerade in diesen Zeiten des Duldens und Harrens, des Handelns und Gestaltens aufrichtendes und mahnendes Beispiel. Stein war der Kündler kommender Zeiten. Er sah im Geiste das geeinte deutsche Volk. Die Bürger dieses Reiches sollten die mündigen Träger eines freien Staates sein. In der Linie seines Zukunftswollens liegt die Reichsverfassung vom 11. August 1919 als bedeutsame, wenn auch nicht in allem vollendete Erfüllung. Die Erinnerung an den grossen Deutschen Freiherrn vom Stein und das, was uns alle mit ihm verbindet, soll uns eine Mahnung sein, alle aufbaufähigen und eingliederungsbereiten Kräfte zusammenzufassen und einzusetzen zur Ueberwindung der Nöte und Gefahren dieser Tage. So wie seine freiheitlichen Reformen die sittlichen und moralischen Kräfte der Nation zur stärksten Opferwirkung anfachten, so soll und muss die in der Reichsverfassung gegebene Freiheit und Mündigkeit uns allen ein Appell sein, in bewussten und diszipliniertem Wollen uns der Bürgerpflichten zu erinnern, die diesen Bürgerrechten entsprechen.

Der Verfassungstag, ebenso wie der Gedenktag der im Weltkrieg Gefallenen ist ein Besitz des ganzen Volkes, an dem die Tageskämpfe schweigen und das Bewusstsein der nationalen Gemeinsamkeit in sein Recht tritt. Dieses Sichbesinnen auf das, was uns eint, darf nicht nur im Gedankenbereich des Theoretischen bleiben, sondern muss, wenn es echt und tief ist, auch im Gebiet des politischen Handelns zu fruchtbaren Ergebnissen führen. Das war Steins Ziel in einer noch unvergessenen Vergangenheit, das muss auch unser Ziel sein in dieser schweren und umstrittenen Gegenwart. Auf die Zeit der Not, in die Steins Schaffen fiel, folgte der Aufstieg. So soll auch jetzt jeden Deutschen die Zuversicht erfüllen, auf eine bessere Zukunft und auf den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes. In diesem Sinne bitte ich Sie, Herr Reichspräsident, und Sie, meine Damen und Herren, mit mir einzustimmen in den Ruf: "Das in der Republik geeinte deutsche Volk, es lebe hoch!"

Die Versammlung erhob sich, wiederholte dreimal den Hochruf und sang die erste und dritte Strophe des Deutschlandliedes. Damit war die Feier zu Ende. Der Reichspräsident und seine Begleitung begaben sich dann auf die Nordrampe, vor der dann die Reichswehrparade erfolgte.

Die Berliner Polizei feierte den Tag der Republik wie alljährlich im Lustgarten. Hier hielt der Berliner Polizeipräsident die Festrede. Grzesinski wies bei dieser Gelegenheit u.a. auch auf die Mordhetze gewisser Parteien hin und führte dazu aus :

Neuerdings scheint der gemeine Meuchelmord politisches Kampfmittel geworden zu sein. Heute wollen wir der Toten der Polizei ehrend und dankbar gedenken. Vor allen Dingen der Männer, die ihre Pflichterfüllung, ihre Treue zur Verfassung und zum Volk in jungen Jahren mit dem Leben besiegelten. Die heutige Verfassungsfeier soll für sie eine grandiose Totenfeier sein. Anlauf und Lenk, Zänkert und Kuhfeld, alle haben uns das Vorbild ausserster Pflichterfüllung bis zum Tode gegeben. Diese trauen braven Kameraden und Kollegen sollen uns unvergessen sein. Ihr und aller anderen Gefallenen Andenken wollen wir jetzt durch eine Minute des Schweigens ehren."

Auf diese Worte hin entblössten sich die Häupter und auf das Kommando "Stillgestanden" nahmen sämtliche Beamten salutierende Haltung ein. Regungslos verharrten die Versammelten, völlige Stille liegt über dem gewaltigen Platz; nur unterbrochen von dem eintönigen Geräusch des niederfallenden Regens. Nachdem die Minute des Gedenkens verstrichen war, fuhr der Polizeipräsident fort:

"Wir anderen aber wollen unserer Pflicht erneut gedenken und mit Entschlossenheit und Zuversicht das neue Lebensjahr unseres Volksstaates beginnen eingedenk der Erkenntnis, dass nur Ordnung im Innern einen Aufstieg des deutschen Volkes gewährleisten kann. Die Wachkriegspolizei ist eine Volkspolizei und soll es bleiben, trotz manchmal notwendig werdenden, rücksichtslosen Zugreifens, das jedoch nur im Interesse des Ganzen erfolgt."

Der Polizeipräsident schloss seine Ausführungen mit einem von dem Publikum begeistert aufgenommenen Hoch auf die Verfassung. Unterdessen nahm die Polizei eine salutierende Haltung ein. Nach dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes stiftete Polizeipräsident Grzesinski der Berliner Schutzpolizei eine Standarte. Sie trägt die Farben der Deutschen Republik und Preussens mit dem Polizeistern. Offiziell soll sie zum ersten Mal bei der Beerdigung der am Sonntag am Bülow-Platz ermordeten Berliner Polizeioffiziere gezeigt werden.

Der offizielle Teil der Berliner Verfassungsfeiern wurde mit einer gemeinsamen Abendveranstaltung des Reichs, der preussischen Staatsregierung und der Stadt Berlin in der Krolloper abgeschlossen. Bei Einbruch der Dunkelheit veranstaltete das Berliner Reichsbanner einen grossen Fackelzug.

SPD. Paris, 11. August (Eig. Drahtb.)

Das Wrack des Dampfers "St. Philibert" ist am Dienstag durch Auspumpen des Wassers und Schlammes flott gemacht und in den Hafen von St. Nazaire eingeschleppt worden. Hier wurde das Schiff am Kai festgemacht. Die Arbeiten der Hamburger Bergungsmannschaft sind damit beendet. Die im Wrack gefundenen 31 Leichen werden am Mittwoch in St. Nazaire beigesetzt werden.

SPD. Am Donnerstag wird der Reichskanzler in einer Sitzung der Vereinigten Reichsratsausschüsse einen längeren Bericht über die Fragen der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen und auch über die internationalen Verhandlungen zu diesen Fragen geben. An den Bericht wird sich eine Aussprache knüpfen, in der der Reichskanzler auch auf Fragen der Reichsratsmitglieder eingehen will. Die Vereinigten Reichsratsausschüsse tagen auch diesmal, wie immer, unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Sämtliche Mitglieder des Reichsrats gehören den Vereinigten Ausschüssen an, so dass die Donnerstagsitzung gleichsam als eine nichtöffentliche Vollsitzung des Reichsrats angesehen werden kann.

SPD. Die Ermittlungen nach den Urhebern des D-Zug-Attentats bei Jüterbog sind auch am Dienstag mit allem Nachdruck fortgesetzt worden. Sie haben bereits zu einem Teilerfolg geführt. Es gelang der Polizei, in der Berliner Friedrichstadt ein Installationsgeschäft ausfindig zu machen, in dem einer der Täter die zu dem Attentat benutzten Utensilien gekauft hat.

In unmittelbarer Nähe des Tatortes hatten Bahnbeamte ein Paket gefunden, das eine Holzrolle mit 200 m des benutzten Drahtes enthielt. An der Umhüllung des Pakets war die ausgekratzte, aber noch erkennbare Adresse des Installationsgeschäfts gefunden worden, aus dem die Utensilien stammten. Der Geschäftsinhaber des Ladens bestätigte, dass in den letzten Tagen der vergangenen Woche ein unbekannter, grösserer etwa 35 Jahre alter Mann bei ihm zwei Eisenrohre von 5/4 Zoll Durchmesser, eine Schachtel Isolierband und eine Holzrolle mit 500 Meter Draht gekauft habe. Der Ehefrau des Geschäftsinhabers erzählte der Käufer, der nur gebrochen Deutsch gesprochen haben soll, dass er früher irischer Offizier gewesen wäre, seit vier Jahren in Deutschland eingebürgert sei und seine Frau in Frankfurt am Main lebe. Es ist aber anzunehmen, dass diese Angaben falsch sind und den Versuch einer Irreführung darstellen.

SPD. London, 11. August (Eig. Dr.)

Die seit dem 17. Juli in London geführten Verhandlungen über die praktische Durchführung des Hoover-Planes wurden am Dienstag abgeschlossen. Das Ergebnis wurde in einem Protokoll niedergelegt, das mit Ausnahme von Jugoslawien von allen an den Verhandlungen beteiligten Regierungen unterzeichnet wurde. Jugoslawien unterzeichnete nicht, weil es nach wie vor einen Ausgleich für die ausfallenden Reparationszahlungen fordert. Das Protokoll ist mit seiner Unterzeichnung in Kraft getreten.

Im Verlauf der Verhandlungen wurden zahlreiche Debatten geführt, die insofern rein akademischen Charakter trugen, als sie von der Voraussetzung ausgingen, dass Deutschland nach dem Feiertag die alten Zahlungen einschliesslich der Hoover-Annuität leisten werde. Auch die Verzinsung der Nachzahlungen, die drei Prozent betragen soll, wurde eingehend erörtert. Aber damit hat Deutschland keineswegs anerkannt, dass es nach Ablauf des Hoover-Jahres die Zahlungen im alten Umfange wieder aufnehmen werde. Der Schlussbericht, auf den das Schlussprotokoll verweist, stellt vielmehr fest, dass eine Äusserung über die deutsche Zahlungsfähigkeit ausserhalb der Kompetenz der Konferenz gelegen habe. Sie kann also bei einer Wiederauflösung der Reparationsfrage neu erörtert werden.

Das Komitee hatte sich zugleich mit einer akuten Frage zu beschäftigen, nämlich mit dem Teil der deutschen Leistungen, die weitergeführt werden, sowie mit den Sachlieferungen. Das Ergebnis der Vereinbarungen ist eine Entlastung Deutschlands während des Hoover-Jahres von 1 594 Millionen Reichsmark. Dieser Betrag wird bis zum 1. Juli 1933 zinslos gestundet. Während des Hoover-Jahres werden jedoch unverändert weitergezahlt die Zinsen für die Dawes- und Young-Anleihe, sowie die Zahlungen an die Vereinigten Staaten aus den Urteilen der Mix Claims-Kommission für die amerikanischen Entschädigungsberechtigten und die Zahlungen aus dem deutsch-belgischen Markabkommen von zusammen etwa 200 Millionen Reichsmark.

SPD. Paris, 11. August (Eig. Drahtb.)

Das Pariser Sekretariat der Nordatlantik-Konferenz gibt bekannt, dass die kürzlich beschlossene Fahrpreiseremässigung vom 17. August für alle Reisen von Amerika nach Europa und vom 1. Oktober an für Reisen in entgegengesetzter Richtung in Kraft tritt. Die Ermässigung beträgt 13 bis 30 Prozent je nach der Klasse.

SPD. Bukarest, 11. August (Eig. Drahtb.)

Die Bukarester Grossbank Berkowitz, die bisher als das bestfundierte rumänische Kreditinstitut galt und im rumänischen Wirtschaftsleben eine führende Rolle spielte, hat völlig unerwartet ihre Zahlungen eingestellt. Die Bank stand mit deutschen Banken in engen Beziehungen und soll durch die Krise auf dem deutschen Geldmarkt stark in Mitleidenschaft gezogen worden sein. Als die Schliessung der Bank bekannt wurde, belagerten sofort tausende von Einzahlern das Bankgebäude.

Insgesamt verwaltete die Bank Einlagen von rund 20 Millionen Mark. Ihr Aktienkapital bezifferte sich auf annähernd 5 Millionen Mark.

SPD. Am Dienstag gegen 19 Uhr 30 abends wurden in Berlin in der Nostizstrasse wieder Polizeibeamte aus einem Haus heraus beschossen. Der Vorfall ereignete sich als die Beamten im Betriff standen, eine Ansammlung zu zerstreuen. Insgesamt wurden 3 Schüsse abgegeben, die von der Polizei erwidert wurden. Eine Person wurde leicht verletzt.

Im Verlauf der nach dem Vorfall eingeleiteten Ermittlungen wurde auch die Wohnung durchsucht, aus der die Schüsse gefallen sind. Man fand zahlreiches kommunistisches Propagandamaterial. Zwei Personen, in denen man die feigen Schützen vermutet, wurden verhaftet.

SPD. Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat die rechtsradikale "Schlesische Zeitung" auf 14 Tage bis zum 25. August verboten. Das Blatt hat in seiner Sonntag-Ausgabe einen Artikel "Abrechnung" veröffentlicht, in dem die republikanische Staatsform herabgesetzt und die Reichsregierung schwer beleidigt wird.

Die "Schlesische Zeitung" ist ein Organ des Herrn Hugenberg, der in den nächsten Tagen von dem Reichskanzler zu einer politischen Besprechung empfangen werden will und u. U. auch empfangen werden soll. Wir haben bisher nichts davon gehört, dass Hugenberg von den beleidigenden Äusserungen seiner "Schlesischen Zeitung" auch nur mit einem Wort abgerückt ist. Will ihn der Reichskanzler trotzdem empfangen?

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der neue Tiroler Aufstand.

SPD. Die Tiroler haben schon einmal einen Aufstand gegen die Bayern gemacht! Wir schreiben zwar heute nicht mehr 1809, aber den neuen Tiroler Aufstand gegen die Bayern haben wir. Es ist die Rebellion der Innsbrucker Nationalsozialisten gegen die Leitung der Hitler-Bewegung in Bayern. Es ist eine echte Rebellion. Ihr Ausgangspunkt ist die Preisgabe Südtirols durch Adolf Hitler. Herr Hitler hat vor kurzem wieder einmal seine Ergebenheit gegenüber dem italienischen Faschismus mit dem feierlichen Verzicht auf Südtirol bekräftigt. Er hat damit die faschistische Presse besänftigt, aber gleichzeitig die Empörung der Innsbrucker Nationalsozialisten hervorgerufen.

Der Gau Tirol der Partei des Herrn Hitler hat nur wenige wirklich tirolische Mitglieder. Das andere sind meist Bayern oder dunkle Gestalten aus Norddeutschland, die es aus irgendwelchen Gründen vorgezogen haben, ihren Wohnsitz nach Tirol zu verlegen. Die zugewanderten Landsknechte Hitlers decken selbstverständlich den Verrat an Südtirol. Aber unter den einheimischen Mitgliedern regt sich die Empörung. Ihre Haltung wird immer unfreundlicher, sie soll bereits sich zu offener Feindschaft gesteigert haben. Laut und leise spricht man davon, dass man sich wieder einmal von den Bayern befreien müsse, die in Tirol nichts zu suchen haben, und Hitler erscheint den tirolischen Mitgliedern keineswegs in der Rolle eines Andreas Hofer, ganz im Gegenteil!

Da hat sich der grosse Adolf schön zwischen zwei Stühle gesetzt! Um die Rebellion zu besänftigen wurde eine Rechtfertigungsversammlung im grossen Stadtsaal zu Innsbruck veranstaltet. Die Gauleiter von Wien und von Innsbruck wurden aufgeboten, um den grollenden Tirolerzorn zu besänftigen. Die Gauleiter hatten den Auftrag, die Haltung Hitlers zu decken. Die Versammlung verlangte stürmisch ein Bekenntnis zu Südtirol. In dieser Situation zogen es die beiden Gauleiter Hitlers vor, sich weder für Südtirol noch für Hitler zu erklären. Sie ergingen sich in schwammigen Redensarten. Wie Eingeweihte versichern, ist nach dieser Versammlung, die die nationalsozialistische Organisation in Tirol wieder zusammenreißen sollte, der Tiroler Aufstand der Nationalsozialisten offener als je zuvor. Es wird nicht lange dauern, so wird man in Hitler in den Kreisen der Tiroler Rechtsradikalen nur noch den nationalen Verräter sehen.

Die Züchtung der Hakenkreuzpest.

Eine Legion von schwarzweissroten hakenkreuzgeschmückten Oberlehrern, die selbstverständlich alle zum Volksentscheid gegen die Preussenregierung gegangen sind, arbeitet in den Schulen der Republik daran, die Hakenkreuzpest der Zukunft heranzuzüchten. Ein solcher Oberlehrer aus Bochum hat die Ferien mit einer Klasse der Bochumer Oberrealschule auf der Insel Sylt verbracht. Der Geist, den er in die Jungen hineingebracht hat, geht daraus hervor, dass die Schüler eine Leipziger Jugendgruppe des Z.d.A. überfielen, die im Hamburger Ferienjugendlager auf Sylt weilten. Die Oberrealschüler rissen die schwarzrot-goldene Flagge der Jugendgruppe herunter und zerfetzten sie. Ein Teil der Täter wurde gefasst und nach einer tüchtigen Tracht Prügel festgestellt. Als der Lehrer der Republik auf die Tat seiner Jungen aufmerksam gemacht wurde, lehnte er jedes Einschreiten ab. Dafür liess er sich gemeinsam mit seiner Klasse auf folgende Weise photographieren: Ein Teil der Jungen bildete am Boden ein lebendes Hakenkreuz, der andere Teil stand mit dem Oberlehrer mit dem Faschistengruss dahinter.

Es wäre eine unglaubliche Schlappeheit des preussischen Kultusministeriums, wenn es einen derartigen Mann im Amte belassen würde, Die Schulen der Republik sind nicht dazu da, damit Beamte, die Gehalt von der Republik nehmen, daran Feinde der Republik heranzüchten! Die Beteiligung am Volksentscheid gibt einen sicheren Masstab dafür, welche von den Lehrern der Republik zu ihren Feinden gehören. Es wird Zeit, dass gegen alle beamteten Feinde des republikanischen Staates mit Energie eingeschritten wird.

Die Vertreibung aus dem Paradiese.

Herr Mutschmann, Textilfabrikant in Plauen, ist der sächsische Gauleiter der Hitlerpartei. Hans Schemm aus Bayreuth ist der Vorsitzende des Nationalsozialistischen Lehrerbundes. Beide zeichnen sich aus durch die Grösse ihres Maules und durch die Schimpfregister, die sie gegen die Republikaner anwenden. Manchmal aber gehen die Schimpfkanonen nach hinten los.

Mutschmann und Schemm sind einander spinnefeind. Schemm hat sich über die Garnschiebungen Mutschmanns während des Krieges ausgelassen, Mutschmann hat sich revanchiert, indem er den Nationalsozialistischen Lehrerbund als eine Bande organisierter Müssiggänger bezeichnete.

Darauf berief Schemm eine Gautagung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes ins Braune Haus nach Plauen ein. Das Plauener Nazi-Paradies gehört jedoch Mutschmann, der einen Teil seiner riesigen Villa an die Hitlerpartei vermietet hat. Als die Lehrer erschienen, zog Mutschmann die Plauener Schutzstaffel in seine Villa. In die Lehrerkonferenz schickte er ein paar Rowdys aus seiner Schutzstaffel. Die Lehrer verlangten, dass die Rowdys ihre Konferenz verliessen. Darauf erschien Herr Mutschmann höchstpersönlich. Nun forderten die Lehrer, dass er sich entschuldigen und sein Wort von der Bande organisierter Müssiggänger zurücknehmen solle. Herr Mutschmann antwortete: "Verlasst sofort das Haus, oder ich lasse Euch hinauswerfen." Es öffnete sich eine Tür und die uniformierte Schutzstaffel erschien, die Schulterriemen in der Hand.

Herr Schemm aber ergriff der Tapferkeit besseren Teil. Mit den klassischen Worten "Nun aber raus" gab er das Signal zur Flucht. So wurden die nationalsozialistischen Lehrer durch Herrn Mutschmann aus dem Plauener Nazi-Paradies hinausgetrieben. Zwar nicht mit dem Flammenschwert, aber mit dem Schulterriemen!

Prinz Auwei geht ins Volk.

Wilhelms Söhnchen Auwi hat in Brüssow in der Mark einen nationalsozialistischen Aufmarsch veranstaltet. Danach fühlte er sich gedrungen, seine Popularität noch mehr zu erhöhen. Er schickte den kleinen Jungen eines Nationalsozialisten ein Päckchen Bleisoldaten und dazu eine Begleitkarte mit der Mühle von Sanssouci mit der Aufschrift "Lieber kleiner Kurt! Hier schicke ich Dir Hitlersoldaten zur Erinnerung an den Aufmarsch in Brüssow. Dein Onkel Naziprinz August Wilhelm, Prinz von Preussen." So macht man sich populär, aber wie tief ist er gesunken: Bleisoldaten, die schon nicht mehr Hohenzollernsoldaten, sondern Hitlersoldaten sind! Er hat seinen Beruf als Propagandist für die Wiederherstellung der Volksliebe zum angestammten Herrscherhaus verfehlt!

Schmierfinken vom Hakenkreuz.

Auf der Insel Frauenwörth im Chiemsee ist eine Ausstellung der Künstlergenossenschaft. Eine Chronik liegt aus, in der Einzeichnungen bekannter Männer stehen. In einem der ersten Nachkriegsjahre zeichnete sich Ebert ein mit dem Vermerk "In schwerer Zeit". Ein nationalsozialistischer Schmierfink hat mit Bleistift danebengeschrieben "die er bereut". Hinter den Namen Noske hat ein anderer Schmierfink ein Hakenkreuz und eine gemeine Beschimpfung gemalt. Der infantile Geist der ganzen Bewegung spricht aus diesen Schmierereien!

aus aller Welt

Schutz vor Eisenbahnattentaten.

(Der Streif- und Fahndungsdienst an der Arbeit. - Aus dem Tagebuch der Bahnpolizei.)

SPD. Das ungeheuerliche Attentat auf den FD-Zug Basel-Berlin hat die Frage laut werden lassen, ob und in welchem Umfang Massnahmen getroffen sind, die uns vor derartigen Verbrechen schützen können. Gibt es neben dem allgemeinen polizeilichen Schutz noch einen besonderen für den Eisenbahnverkehr - gibt es Sicherungen, die auf dem umfangreichen deutschen Schienennetz Menschen und Güter vor kriminellen Anschlägen bewahren? Wir haben ja eine Luftpolizei und - für den Kraftwagenverkehr - eine Verkehrspolizei; eine Bahnpolizei ist also nicht weniger berechtigt. Sie besteht tatsächlich, wenn auch die Öffentlichkeit kaum etwas von ihr weiss. Keine staatliche Einrichtung! Sondern von der Reichsbahn ins Leben gerufen und ausschliesslich von der Reichsbahn unterhalten und verwaltet.

Jeder Bahnbeamte ein Polizist!

Der hier geschaffene Sicherheitsdienst beruht auf drei verschiedenen Abteilungen mit verschiedenen Aufgaben: auf den Reichsbahnpolizeibeamten, dem "Fahndungs- und Streifdienst" und schliesslich dem freiwilligen "Bahnschutz". Allein für die beiden letztgenannten werden jährlich über acht Millionen aufgewandt. Ausgaben, die sich freilich lohnen: allein vom Streifdienst wird in manchem Monat Diebesgut im Werte von fünfzigtausend Mark zurückgewonnen - ganz abgesehen von beträchtlichen anderen Leistungen.

Zunächst einmal gelten alle im Betrieb verwendeten Beamten! also das Personal der Bahnhöfe, Strecken und Züge, zugleich als Bahnpolizeibeamte. Sie sind befugt, in ihrem Amtsbereich jeden vorläufig festzunehmen, der bei einer strafbaren Handlung betroffen oder unmittelbar danach verfolgt wird. Zu ihnen gehören beispielsweise die Bahnkontrolleure und Stationsvorsteher, Weichensteller und Schrankenwärter, Lokomotivführer und Heizer. Ihre Vereidigung verleiht ihnen die Rechte eines öffentlichen Polizeibeamten. Den wenigsten Reisenden wird es bekannt sein, dass also etwa ein Bahnsteigschaffner genau so festnehmen oder verfolgen darf wie ein "richtiger" Schupo.

2 000 auf Streifdienst.

Alle diese Beamten üben ja aber ihre polizeiliche Tätigkeit nur "unter anderem" aus. Sie führen ihre Lokomotive, stellen Weichen, bewachen Schranken und verhaften oder verfolgen nur dann, wenn es sich gerade aus einer ihrer Beobachtungen ergibt. Sie sind "auch" Polizisten, sind es aber nicht ausschliesslich! Deshalb ist ein besonderer Streif- und Fahndungsdienst eingerichtet worden, der keine andere Aufgabe hat, als die kriminalistische Ueberwachung des Bahnverkehrs. Er bildet den eigentlichen Kern des Sicherheitsdienstes. Sein "Amtsbezirk": ein Streckennetz von 54 000 Kilometern!

Diese Strecken werden sämtlich - einschliesslich auch der Neben- und Schmalspurgleise - Tag und Nacht von 2 000 Streifdienstbeamten begangen. Die Streifen sind grösstenteils mit Motorrädern ausgerüstet und werden unterstützt durch eine Hilfstruppe von insgesamt 600 Polizeihunden. Etwa 100 kriminalistisch ausgebildete Fahndungsbeamte übernehmen ferner die Untersuchung in schwierigen Fällen. Nachstehend ein wörtlich übernommener Auszug aus den Akten dieser Bahnpolizei. Vom Alltag des Streifdienstes und der hier geleisteten Arbeit gibt er ein deutlicheres Bild als jede Statistik.

Die Sprache der Akten.

"Ein Betrüger wurde festgenommen, der sich in einer Kiste eingeschlossen bei einer Güterabfertigung hatte aufließen lassen. Unterwegs sägte er sich aus der Kiste und dem Eisenbahnwagen heraus. Wegen der vorgetäuschten Beraubung der Kiste forderte er eine Entschädigung von 16 620 Mark."

"Es wurden zwei Täter ermittelt, die Züge beschossen, und zweiunddreissig Schüler, die Steine nach fahrenden Zügen geworfen hatten."

"In einem Bahnhof wurde ein vom Sturmwind in Bewegung gesetzter Güterwagen zum Stillstand gebracht, wodurch ein Zusammenstoss mit einem einfahrenden Güterzug vermieden wurde. Ausserdem wurden sechs Taschendiebe auf Bahngelände festgenommen, dreiundzwanzig Taschenbrüche festgestellt, sieben Brände gelöscht, fünf Falschgeldausgeber der Polizei gemeldet und in einundachtzig Fällen erste Hilfe geleistet."

"Auf einer Eisenbahnstrecke war in letzter Zeit wiederholt Leitungsdraht zerschnitten worden, ohne dass es gelang, der Täter habhaft zu werden. Dem Fahrdienst gelang es, in dem Wald an der Bahnstrecke aus achtlos fortgeworfenen Papierschnitzeln Beweise gegen einen der Täter zusammenzutragen. Er wurde festgenommen, war geständig und gab auch die Namen der Mittäter an." -

Neben solchen ganz verschiedenartigen Arbeiten, die den Streifendienst zum "Mädchen für Alles" machen, werden stets eine Anzahl gleichbleibender Aufgaben durchgeführt: Begleitung von Personenzügen, Sicherung von Geldtransporten, Kontrollierung der örtlichen Wächter usw.

"In Wahrung der Reichsverfassung..."

Und nun zur dritten und zeitweilig wichtigsten Gruppe des Sicherheitsdienstes: zum Bahnschutz. Er beschäftigt sich nicht mit der Verfolgung von Einzelfällen. Seine Aufgabe, bei grossen Ereignissen Gleise und Anlagen zu schützen und nötigenfalls wiederherzustellen, wurde schon durch seine Gründung bestimmt: er ging hervor aus den innerdeutschen Unruhen in den Jahren 1918 und 1921, als die Eisenbahnlinien als Schlagadern der Wirtschaft und als Stützpunkt der politischen Macht besonders gefährdet waren.

Heute verfügt jeder Reichsbahn-Direktionsbezirk über einen Stamm zuverlässigen Bahnschutzpersonals. Beamte und Arbeiter sind es, die sich freiwillig für diesen Dienst gemeldet haben. Sämtliche Mitglieder haben eine Erklärung unterschrieben, nach der sie sich verpflichten, bei Unruhen den Schutz der Bahnanlagen in Wahrung der Reichsverfassung zu übernehmen.

Die Gruppe ist mit Revolvern und Karabinern ausgerüstet, verfügt über eine Anzahl von ständig bereitstehenden Bahnschutz- und Wiederherstellungszügen. Die Züge bestehen aus einer Panzerlokomotive und vier mit Eisenblechen geschützten Wagen. Sie sind mit allen geeigneten Hilfsmitteln der Technik versehen.

Gute Erfolge.

Die im Streifendienst tätigen Beamten erhalten eine Ausbildung, die dem Unterricht der staatlichen Polizei kaum nachsteht. Vor allem werden turnerische und sportliche Leistungen gepflegt, alle Arten der Gymnastik, des Handkampfes, dann natürlich auch der Kampf mit den übrigen Verteidigungswaffen und Übungen mit Polizeihunden. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Während das Jahr 1930 in allen deutschen Ländern ein Ansteigen der Kriminalitätskurve brachte, haben sich die Sicherheitsverhältnisse auf dem Bahngelände erheblich verbessert. Fast täglich kann der Sicherheitsdienst geplante Bahnfrevell rechtzeitig aufdecken, die Verdächtigen festnehmen und entlarven. Und an dieser vorbeugenden Tätigkeit liegt es nicht zuletzt, wenn ein Eisenbahnverbrechen wie das jetzt geschehene in der deutschen Eisenbahngeschichte einzig dasteht.

+ + +

Deva=Heim in Konkurs. Ueber die der Inneren Mission nahe stehende Deutsche Evangelische Heimstätten A.G. (Deva=Heim) und die mit ihr verbundenen Deutsche Entschuldungs- und Zweckspar A.G. (Deuzag), bei denen durch eine skandalöse Miswirtschaft rund 21 000 Bausparer um etwa 15 Millionen Mark gebracht worden sind, wurde der Konkurs eröffnet. Gestellt wurde der Konkursantrag von dem jetzigen neuen Geschäftsführer der beiden Gesellschaften, Landrat Kothe, der bei seinen Bemühungen um Stützung der Unternehmen an dem Zentralausschuss für Innere Mission nicht den geringsten Rückhalt hatte. Die leitenden Herren der Inneren Mission, die sich fast sämtlich in Urlaub befinden, scheinen sich für den Zusammenbruch des von ihnen beaufsichtigten Unternehmens keiner Weise moralisch verantwortlich zu fühlen.

+ + +
Ermordet und verbrannt. In Kramnitz bei Lindow in der Mark wurde die Frau des Landarbeiters Malwitz mit einer Axt niedergeschlagen und im Scheunengebäude des von ihr bewohnten Grundstücks verbrannt. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft wurde der Gelegenheitsarbeiter Schattschneider aus Klosterheide bei Lindow, der seit längerer Zeit mit Frau Malwitz verfeindet war, verhaftet. Das Gesicht Schattschneders wies zahlreiche Kratzwunden auf, die ihm vermutlich Frau Malwitz in ihrem Verzweiflungskampf beigebracht hat.

+ + +
Zuchthausurteil gegen Ex=Schupo. Vom Schwurgericht Magdeburg wurde nach dreitägiger Verhandlung der ehemalige Schupowachtmeister Walter Roeper wegen Totschlags und Diebstahls zu 12 Jahren zwei Monaten Zuchthaus verurteilt. Roeper stand unter der Anklage, die Tochter seiner Wirtin, ein 26jähriges junges Mädchen, ermordet zu haben.

+ + +
Jimmy Walker in Berlin. Der New Yorker Oberbürgermeister Jimmy Walker traf am Dienstag Abend aus Bremen in Berlin ein und nahm im Hotel Adlon Wohnung. Walker hatte den Oberbürgermeister von Berlin gebeten, von jedem offiziellen Empfang abzusehen. Diesen Wunsch wurde respektiert.

+ + +
Gesunkene Jacht. In der Elbmündung bei Cuxhaven ist die holländische Jacht "Parsifal" gekentert und gesunken. Einer der Insassen ertrank.

+ + +
Neuer "Nautilus"= Havarie. Das Wilkins'sche Polar-U=Boot "Nautilus" hat den Hafen von Tromsø verlassen und Kurs auf Spitzbergen genommen. Kurz nach der Ausfahrt erlitt das Schiff abermals Havarie. Es scheint ein Maschinendefekt vorzuliegen. Das U=Boot treibt auf offenem Meer.

+ + +
"Malygin im Sturm. Der russische Eisbrecher "Malygin" wurde auf dem Weg nach der Insel Alger vom Sturm überrascht, der eine Windstärke von 30 Sekundenmetern erreichte. In Alger stieß die Besatzung des Schiffes auf Reste einer Expedition des Engländer Baldwin im Jahre 1902. Der Eisbrecher nahm Kurs auf Nowaja Semlja.

+ + +
Nach 12 Jahren gefunden. Auf dem Schwarzenstein=Berg in den österreichisch-tiroler Alpen wurden die Skelette des seit September 1919 vermissten Wiener Universitätsprofessors Koban und des gleichzeitig vermissten Dr. Anläuf von der Oesterreichischen Nationalbank gefunden. Die beiden Touristen waren in einen Schneesturm geraten und erfroren.



Krankenversicherung im Krisenjahr.

SPD. Der Hauptverband deutscher Krankenkassen hat soeben sein "Jahrbuch der Krankenversicherung für 1930" veröffentlicht. Es verdient im Hinblick auf die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, des Lohnabbaus und der Notverordnungen, die auch die Krankenversicherung nicht verschont haben, besondere Beachtung. Das Jahrbuch gibt ein anschauliches Bild von der rückläufigen, im vollsten Sinne des Wortes reaktionären, Entwicklung des wichtigsten Zweiges der Sozialversicherung in einer wirtschaftlichen und politischen Krisenzeit.

Ueber die Tätigkeit und die Einrichtungen des Hauptverbandes wird eingehend Bericht erstattet. Der Hauptverband stellt die grösste deutsche Kassenorganisation dar. Ihm gehören 1616 Krankenkassen mit über 12 Millionen Versicherten an. In weitem Abstand folgen dem Hauptverband der Gesamtverband der Krankenkassen mit 3,3 Millionen, der Reichsverband der deutschen Landkrankenkassen mit 2,0, der Verband der Betriebskrankenkassen mit 3,4 und der Hauptverband deutscher Innungskrankenkassen mit 0,5 Millionen Versicherten. Einschliesslich der mitversicherten Familienangehörigen standen nach der Entwicklung bis 1929 etwa 38 Millionen unter dem Schutz der sozialen Krankenversicherung; das ist etwa 60% des gesamten deutschen Volkes. Etwa 60% der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung sind Pflichtversicherte der Krankenkassen.

Ueber die Krankenversicherung im Ausland berichtet im Jahrbuch Dr. Stein, Sekretär im Genfer Internationalen Arbeitsamt. Von besonderem Interesse sind seine Ausführungen über die Entwicklung der Krankenversicherung in Frankreich, wo am 1. Juli des vergangenen Jahres das langumkämpfte Sozialversicherungsgesetz in Kraft getreten ist und einige interessante Angaben über die Krankenversicherung in Italien. Stein betont, auch bei voller Würdigung der starken Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die italienische Volkswirtschaft könne der mit der korporativen Krankenversicherung erzielte Fortschritt nicht als befriedigend angesehen werden. Voll erfasst seien nur die Handelsangestellten, und zwar durch eine besondere zentrale Versicherungsanstalt. Die in der Industrie und im Gewerbe geschaffenen Arbeiterkrankenkassen hätten nur etwa 1/3 der Arbeiterschaft zu erfassen vermocht. Dazu komme, dass die Versicherten auf viele Hunderte von Kassen verteilt seien, die verschieden hohe Beträge einzögen und dementsprechend auch verschiedene Leistungen gewährten. Einheitlicher seien die Verhältnisse in der Landkrankenkassenversicherung, wo einer Zersplitterung durch die Gründung eines Landesverbandes der Landkrankenkassen vorgebeugt worden sei. Indessen habe der Mitgliederbestand des Landesverbandes Ende 1930 nur 100 000, somit nur einen geringen Bruchteil des gesamten Landproletariats betragen.

Die Rückwärtsentwicklung der Krankenversicherung in Deutschland kommt am klarsten in den Zahlen der vom Hauptverband durchgeführten Statistik zum Ausdruck, an der sich 2/3 der Ortskrankenkassen mit 4/5 der Mitglieder beteiligt haben. Die Bedeutung dieses statistischen Materials ist umso grösser, als es etwa ein Jahr vor der amtlichen Statistik erscheint und erheblich vielseitiger ist als die amtlichen Auskünfte.

Was besagt nun die Erhebung des Hauptverbandes? Obwohl die grosse Lohn-

abbauwelle erst 1931 eingesetzt hat, zeigt sich bereits für das vorhergehende Jahr ein Rückgang der Grundlohnsumme um etwa 6 v. H. Da auf Grund der Notverordnungen die Beiträge der Krankenkasse gesenkt wurden, sind die Einnahmen tatsächlich noch stärker zurückgegangen. Von den Ausgaben wurde am stärksten das Krankengeld vermindert, und zwar um 24 v. H. Der Krankengeldbetrag ist jedoch pro Unterstützungstag nahezu gleich geblieben. Das lässt darauf schließen, dass der starke Rückgang der Krankmeldungen - um rund 24 v. H. - sich im wesentlichen auf die unteren Lohnstufen beschränkt. Hier kommen neben Arbeitslosen und freiwillig Weiterversicherten, bei denen eine kurzfristige Krankmeldung bedeutungslos ist, die am schlechtesten bezahlten Arbeiter in Betracht, d. h. Leute, denen das 50%ige Krankengeld keinerlei Existenzsicherung mehr bietet, Leute die die unstetigsten Arbeitsverhältnisse haben und am meisten fürchten müssen, bei Krankmeldungen entlassen zu werden.

Wenn nach den Zahlen des Hauptverbandes die Finanzlage der Krankenkassen am Schluss des Geschäftsjahres 1930 noch verhältnismässig günstig erscheint, so darf man nicht übersehen, dass sich seitdem die Verhältnisse ganz erheblich verschlechtert haben. Der Lohnabbau hat ja erst im Jahre 1931 mit voller Wucht eingesetzt, und das bedeutet für die Kassen eine weitere, in ihren Auswirkungen im Augenblick noch nicht feststellbare Verringerung der Beitragseinnahmen. Werden unter diesen Umständen die Kassen ohne Erhöhung der Beitragssätze, gegen die durch Notverordnung starke Hindernisse aufgerichtet worden sind, die schon empfindlich verminderten Leistungen aufrecht erhalten können? Oder müssen die Mehrleistungen, wie sie am Schluss des Berichtsjahres 1930 noch festzustellen waren, abgebaut werden? Sehr ernste Fragen!

Was ein solcher Abbau für die Volksgesundheit gerade in einer Zeit der Wirtschaftskrise bedeutet, d. h. in einer Zeit, in der der Verdienst breiter Volksschichten und vor allem die Unterstützung der Arbeitslosen kaum zum notwendigsten Lebensunterhalt des Gesunden ausreicht, ist leicht zu erraten. Hoffentlich bedarf es nicht erst traurigster Erfahrungen, nicht erst des zahlenmässigen Nachweises durch die Statistiken der kommenden Jahre, um den massgebenden Stellen klarzumachen, dass eine Aushöhlung der deutschen Sozialversicherung gleichbedeutend ist mit einer Schwächung der Volksgesundheit, mit einer Hemmung des wirtschaftlich so dringend nötigen Wiederaufstiegs.

A. H.

SPD. Schon in wenigen Wochen wird in dem grossen Ringen der Arbeiter zur Erhaltung der Republik, d. h. zur Erhaltung des Fundaments für den Bau eines sozialen Volksstaates eine neue Schlacht geschlagen werden müssen. Sie wird an der Tarifffront ausgefochten.

Die Schwerindustrie ist sich darüber im Klaren, dass eine Lockerung des Preisgefüges in irgendeiner Form kommen muss. Sie baut daher rechtzeitig vor. Sie möchte nach berückichtigten Mustern durch eine neue Verkoppelung der Preis- mit der Lohnfrage um das von ihr zu leistende längst fällige Opfer herunkommen. Bei der Tariferneuerung im Ruhrbergbau und in der Eisenindustrie Nordwest wird man sich daher auf allerhand gefasst machen müssen.

Zweifellos wird der September für die Tarifpolitik einschneidende Ergebnisse bringen. Am 30. September läuft das Mehrarbeitsabkommen des Ruhrbergbaues ab; das Arbeitszeitabkommen in Nordwest bedarf der Erneuerung und der Zechenverband wird am 1. September ohne Zweifel auch das Lohnabkommen im Bergbau kündigen. Die Einleitung zum Kampf um Lohn und Arbeitszeit wird der Gehaltsstreit der Bergbauangestellten sein, der im Juli um einen Monat vertagt wurde. Schon bei diesem Konflikt zeichneten sich die Arbeitgeber in ihren Abbauwünschen wahrhaftig nicht durch Bescheidenheit aus; dem Arbeiter gegenüber werden sie noch viel weniger zurückhaltend sein. Der Wille der Schwerin-

industrie ist, vom Tarifvertrag hinwegzukommen. Sie will den Tarif jedenfalls langsam, aber sicher durchlöchern. Sie will die normativen Bestimmungen des Vertrages auflösen und für die Möglichkeit, auch unter den Tarifen zahlen zu können, eine Bresche schlagen.

Für den Arbeiter wie für den Angestellten sind all diese Pläne der Schwerindustrie selbstredend indiskutabel. Auch die Scharfmacher wissen das. Sie lassen deswegen aber nicht locker. Im Gegenteil: gerade jetzt, wo sie auf politischem Gebiet durch den Volksentscheid eine Niederlage erlitten haben, werden sie die Notzeit der Krise auf tarifpolitischem Gebiet umso rücksichtsvoller ausnützen. Es wäre ihnen natürlich lieber gewesen, wenn sie durch Erschütterung der Arbeiterposition in Preussen Brüning hätten müde machen können. Wäre ihnen das gelungen, dann hätten sie, wie die Blätter der Christen bereits andeuteten, eines Tages in der Tarifrfrage der Reichsregierung die Pistole auf die Brust gesetzt. Wäre dann die Reichsregierung zu Kreuze gekrochen: umso besser, dann hätte der von ihnen ausgehaltene Hitler den Arbeitern noch weiter etwas vorlegen können. Jetzt bleibt ihnen nichts anderes übrig, als zum offenen Angriff überzugehen.

SPD. Auf der Jugendtagung des Zentralverbandes der Angestellten in Lübeck, die von hinreissendem Elan getragen war und einen glänzenden Verlauf nahm - es gibt Leute, die reden ständig davon, dass die Gewerkschaften und die Partei keine Jugend hätten - sprach auch der preussische Innenminister Severing. Er traf zur Schlusskundgebung ein, die sich zu einer der grossartigsten Demonstrationen gestaltete, die je die Lübecker Angestellten- und Arbeiterschaft erlebt hat. Severing wurde am Bahnhof von vielen Tausenden Arbeitern, Angestellten und Reichsbannerkameraden stürmisch begrüsst und mit "Frei Heil" Rufen nach dem Gewerkschaftshaus begleitet. Hier sprach er zu 3 000 Versammelten. Tausende erhielten keinen Einlass mehr und harrten draussen auf der Strasse. Minutenlang brauste der Ruf "Freundschaft" durch den Saal.

Severing erklärte in seinem Begrüßungswort an die Jugend: "Ausserordentliche Kämpfe stehen uns bevor. Sie erfordern Glauben und Trotz, nicht zuletzt von der Jugend. Bleibt jung! Bleibt den Morgenidealen treu! Vergesst auch nicht, dass Ihr stark sein müsst! Und nun zieht hinaus und wirkt überall entschlossen für einen Volksentscheid, der einst über andere Dinge zu entscheiden haben wird als nur über die Auflösung eines Landtags."

Als Severing den Saal verliess, da brach ein wahrer Sturm der Begeisterung durch das Gewerkschaftshaus.

Die Vereinigten Stahlwerke haben Ende Juli nur die Hälfte der Gehälter gezahlt, indem sie von der Notverordnung Gebrauch gemacht haben. Dazu wird uns vom Zentralverband der Angestellten geschrieben: Uns kann niemand weismachen, dass die Vereinigten Stahlwerke nicht die Möglichkeit gehabt hätten, ausreichend Zahlungsmittel zu erhalten. Was der Firma Krupp möglich war, ist den Vereinigten Stahlwerken sicherlich ebenfalls möglich. Aber es ergibt sich aus dieser verzögerten Gehaltszahlung ja ein ganz netter Zinsengewinn. Bei der Masse der Angestellten - die Vereinigten Stahlwerke beschäftigen immerhin noch 13000 Angestellte - macht der Zinsengewinn allein etwa 9 000 Mark aus. Das ist - im Masstab der Vereinigten Stahlwerke gesehen - gewiss nicht viel; immerhin kann man aber Herrn Hitler für sein Braunes Haus wieder einige braune Lappen spenden, ohne dass es für die Vereinigten Stahlwerke auch nur einen Pfennig kostet.



Sanierung der Gemeindefinanzen?

Das Reich wird den Gemeinden helfen müssen.

SPD. Die Verhandlungen zwischen den Städten, den Ländern und dem Reich sind soweit abgeschlossen, dass der Deutsche Städtetag, der als Spitzenorganisation die Städte zusammenfasst, damit rechnet, schon am Donnerstag ein Sanierungsprogramm veröffentlichen zu können.

Das Programm zielt darauf ab, den drohenden Zusammenbruch der Kommunalfinanzen zu verhindern. Ein solcher Zusammenbruch würde Millionen von Erwerbslosen der letzten Hilfe berauben. Die Gemeinden stünden vor leeren Kassen und müssten ihre Zahlungen einstellen. Diese Katastrophe darf nicht eintreten. Es müssen alle Kräfte zusammen gefasst werden, um die Opfer der fürchterlichen Wirtschaftskrise nicht schutzlos werden zu lassen. Die Hilfsmittel, die die Wirtschaft birgt, müssen restlos eingesetzt werden, um Hunderttausende und Millionen vor dem Verhungern zu schützen. Wir stehen an dem kritischen Punkt, wo uns Notwendigkeiten zwingen, die letzten Reserven der Wirtschaft einzusetzen. Man wird sich darüber klar werden müssen, welche Hilfsmittel die Gesamtwirtschaft besitzt und wird diese Hilfsmittel derart verwenden müssen, dass Deutschland im kommenden Winter keine Hungerkatastrophe erlebt. Wer diese Notwendigkeiten verkennt, gibt sich einem Egoismus hin, der sich bald fürchterlich rächen muss.

Man wird die Vorschläge des Deutschen Städtetages abwarten müssen, um festzustellen, inwieweit sie unsern oben entwickelten Grundsätzen entsprechen.

Wenn die Gemeinden heute in Not sind, so kann man unmöglich sagen, Verschwendung und Leichtsinns habe sie in diese Not geführt. Wenn die Gemeinden nach der Inflation ihre Sozialfürsorge wieder ausbauten, dann war das ihre Pflicht, nachdem Krieg und die Jahre der Feldentwertung einen Trümmerhaufen hinterlassen hatten. Es gehört schon das abgestumpfte Gewissen der kapitalistischen Presse dazu, um das zu leugnen und abzustreiten. Worunter die Gemeinden jetzt leiden, daran sind sie wirklich unschuldig. Infolge einer falschen Kreditpolitik für die der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht verantwortlich zeichnet, der sich jetzt im Lager der Nationalsozialisten und an der Seite Hugenbergs lärmend und selbstgefällig bemerkbar macht, und die darauf hinzielte, die Gemeinden von langfristigen Krediten abzudrängen. Die Gemeinden mussten, weil sie die ihnen vom Ausland angebotenen langfristigen Kredite nicht annehmen durften, sich mit kurzfristigen Krediten behelfen. Auch diese kurzfristigen Kredite waren Auslandskredite. Sie waren aber nur über die deutschen Banken gelaufen. An ihnen hatten erst mal die Banken verdient. So ist es im Zeichen der Schacht'schen Kreditpolitik zu einer Ueberlastung der Gemeinden mit kurzfristigen Krediten gekommen. Als nach der Hitlerwahl im September 1930 das Ausland mit einem Bürgerkrieg und mit dem Verlust seines Geldes in Deutschland rechnete, als durch den links- und rechtsradikalen Rummel in Deutschland den ausländische Geldgebern ihr Geld in Deutschland nicht genügend gesichert schien, was sie zu den bekannten Geldabzügen im Juni und Juli 1931 veranlasste, mussten naturgemäß die Gemeinden am härtesten und am schlimmsten getroffen werden. Die Gemeinden sind weitgehend von Betriebsmitteln entblösst worden, weil sie in den letzten Wochen kurzfristige Kredite zurückzahlen hatten und auch in den nächsten Wochen weitere Kredite zurückzahlen müssen. Vorerst ist aber auch nicht die

Möglichkeit vorhanden, Auslandskredite zu bekommen. Die Gemeinden müssen also ihre Finanzen irgendwie in Ordnung bringen, um nicht schon mit Defiziten überlastet in den neuen Winter zu gehen, wo ein Anschwellen der Arbeitslosenzahlen droht. Schon für das laufende Jahr rechnet man bei den deutschen Gemeinden mit einem Defizit von 800 Millionen Mark. Wollen die Gemeinden zahlungsfähig bleiben, wollen sie die Zahlungen an die Erwerbslosen, an ihre alten und invaliden Bürger, an Witwen und Waisen, an Hilflose und Schutzlose aufrechterhalten, dann muss dieses Defizit beseitigt werden.

Man soll sich über die Schwere dieser Aufgabe klar sein. Man hat in den letzten Wochen, gerade vor dem Volksentscheid, so viel von der Selbsthilfe gesprochen. Wir haben diesen neuesten nationalistischen Rummel immer genügend gekennzeichnet und immer betont, dass die Dinge in Deutschland ohne Auslandskredite nicht anzukurbeln sind und dass wir Verständigung mit Frankreich brauchen, um diese Kredite von Frankreich zu bekommen. Wer das Gegenteil behauptet, soll dem deutschen Volke mal erst einen Weg zeigen, wie es die Schwere der bevorstehenden Aktion vermeiden kann. Selbst bei Anspannung aller Kräfte wird es ohne Eingriff in die Substanz nicht gehen. Der Staatsbürger von heute weiss den Wert öffentlicher Betriebe, besonders den Wert der Versorgungsbetriebe, zu würdigen. Sie kräftigen die Gemeindefinanzen und geben der Öffentlichkeit die Möglichkeit, Preise für Wasser, Gas, Elektrizität usw. durch die Gemeinden bestimmen zu lassen, anstatt dass die Privatindustrie Monopole errichtet und Preise vorschreibt. Um so schwerer wird es sein, wenn man diese Substanz nicht vor einem teilweisen Verkauf an das In- oder Ausland bewahren kann. Wenn man schon zu diesem Verkauf greift, dann ergibt sich nur eine Rechtfertigung darin, dass die Leistungen der Gemeinden auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege, der Schulen, auf kulturellem Gebiet usw. nicht unter die Grenze des Unerträglichen gekürzt werden dürfen. Dass hier mit Eingriffen zu rechnen ist, darüber haben die mit der Vorbereitung des oben erwähnten Sanierungsprogramms betrauten Stellen keinen Zweifel gelassen. Man wird die Einzelheiten abwarten müssen. Aber schon heute müssen wir davor warnen, die Lasten einseitig zu verteilen. Man wird z.B. die Beseitigung der sogenannten gehobenen Fürsorge in Kauf nehmen müssen, um zu verhindern, dass der Grad der allgemeinen Fürsorge zu stark gekürzt wird. Den wirtschaftlich Schwachen und Schwächsten muss selbstverständlich der Schutz in erster Linie zukommen. Die Abstriche auf dem Gebiet des Erziehungswesens dürfen nicht auf Kosten der Volksschulen gehen. Hier würde eine einseitige Belastung die Aufstiegsmöglichkeiten beschränken, Bildungsmöglichkeiten vernichten und zu guterletzt den Qualitätsarbeiter in der deutschen Industrie gefährden.

Sicher ist es schon richtig, wenn man betont, dass man sich bei Zeiten einschränken müsse, um nicht die ganze städtische Sozialfürsorge, die gemeindlichen Leistungen für Schulen, Erziehung, Kultur, Kranken- und Altersfürsorge in Brüche gehen zu lassen. Sber das hat seine Grenzen. Viel ist an den Leistungen der Gemeinden nicht mehr zu kürzen. Hier grosse Ersparnisse machen zu wollen, ist geradezu bedenklich und Wahnsinn. Schon jetzt nagen Millionen Familien am Hungertuch. Weiter kann man es kaum treiben. Die Gemeinden werden eben nicht in der Lage sein, mit eigener Kraft die Dinge zu meistern. Das geht eben über ihre Kräfte. Der Versuch dazu wäre ein Experiment, das naturnotwendig in die Katastrophe führt. Wir wollen damit sagen, dass das Reich helfend einspringen muss. Als der gegenwärtige Finanzminister Dietrich im vorigen Jahr den Versuch einer Sanierung des Reiches machte, haben wir immer wieder betont, dass eine Sanierung Trug sei, dass man sich im Reich täusche, wenn man glaubt, man habe sich saniert, dass eine Sanierung des Reiches ohne Sanierung der Gemeinden eben keine Sanierung sei. Heute zeigt sich, wie Recht wir gehabt haben. Man hat im Reiche so saniert, dass man die Lasten - und diese Lasten sind hauptsächlich Lasten aus der Arbeitslosigkeit - auf die Gemeinden abgewälzt hat. Hier liegt nun der Stein und drückt mit seiner vollen Last.

SPD. Die Hausbesitzer und die Hypothekenbanken haben geschickt die allgemeine Verwirrung in den letzten Wochen ausgenutzt, um zu einem vernichtenden Schlage gegen die Hauszinssteuer auszuholen. Es wird dabei sehr raffiniert mit einem Köder und einer Drohung gearbeitet, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Der Köder, mit dem man die Abschaffung der Hauszinssteuer den breiten Massen schmackhaft machen will, ist die Senkung der Wohnungsmieten, die Drohung der Zusammenbruch des Hypotheken- und Pfandbriefmarktes. Es ist überflüssig, zu sagen, dass die Senkung der Wohnungsmieten nur das Signal für eine neue Lohnabbauwelle darstellen soll. In Wirklichkeit würde also die Beseitigung der Hauszinssteuer restlos den Hausbesitzern und - auf dem Wege über den Lohnabbau - den Unternehmern zugute kommen, für die Massen aber nicht nur keine Entlastung, sondern sogar eine Mehrbelastung bringen. Denn der Ausfall, den die öffentlichen Finanzen erleiden würden, würde zweifellos durch eine neue Massenbelastung (wahrscheinlich eine Erhöhung der Umsatzsteuer) ausgeglichen werden. Ueberdies würde dem Wohnungsbau die letzte Grundlage entzogen werden, und schliesslich würden die Mieter der nach dem Krieg gebauten Wohnungen an der Mietensenkung überhaupt nicht teilnehmen und durch den Lohnabbau und die erhöhten Massensteuern aufs schwerste belastet werden. Mit dem Köder der Mietensenkung werden also die breiten Massen nicht zu fangen sein.

Die verschiedenen Pläne, die in den letzten Wochen zur Abwürgung der Hauszinssteuer von interessierter Seite in die Welt gesetzt wurden, stimmen zumeist dahin überein, dass sie die sogenannte Verrentung der Hauszinssteuer mit einer wesentlichen Senkung ihres Ertrages verknüpfen. Damit wird ein an sich richtiger Gedanke heillos kompromittiert. Was versteht man eigentlich unter Verrentung der Hauszinssteuer? Heute ist die Hauszinssteuer eine Steuer wie jede andere, die in der Miete der Altwohnungen bezahlt und vom Hausbesitzer abgeführt werden muss, und für die unter Umständen Befreiungen und Ermässigungen gewährt werden können. Der ursprüngliche Gedanke der Hauszinssteuer aber war der eines Ausgleichs für die Entwertung der Hypotheken, die auf den Vorkriegshäusern liegen. Statt des Hausbesitzers sollte die Allgemeinheit den Gegenwert für die Entwertung der Hypotheken in die Hand bekommen. Die logische Konsequenz dieses Gedankens wäre gewesen, dass man auf den Hausbesitz in der Höhe der Differenz zwischen der Miete und der übriggebliebenen hypothekarischen Belastung (natürlich unter Berücksichtigung des Eigenkapitals) eine neue Hypothek gelegt hätte. Das wurde damals versäumt und damit die Hauszinssteuer dem Zufall der wechselnden politischen Konstellationen preisgegeben. Eine wirkliche Verrentung der Hauszinssteuer würde bedeuten, dass man dieses Versäumnis wieder gutmacht und auf den Hausbesitz eine vor allen andern Hypotheken zu rangierende Hypothek in solcher Höhe legt, dass der Ertrag aus der Verzinsung und Tilgung dieser Last sich ungefähr mit dem Ertrag der Hauszinssteuer decken würde. Damit wäre die Hauszinssteuer technisch und finanziell gesichert.

Der schlaue Trick der Interessentenhäufen besteht nun darin, dass sie dem Staat das "Opfer" der Verrentung der Hauszinssteuer anbieten und ihm das Luftschloss phantastischer Auslandsanleihen in der Höhe von vielen Milliarden vorspiegeln, die auf diese Weise aufgenommen werden könnten, dafür aber als Kaufpreis eine Herabsetzung des Ertrages der Hauszinssteuer fast auf Null verlangen. Nach dem sogenannten Humar-Plan z.B. (Humar ist der führende Kopf der Hausbesitzerorganisationen) soll der Ertrag der Hauszinssteuer von 1600 Millionen bisherigen Normaleingangs auf 300 Millionen gesenkt werden. Dafür würde man evtl., wie schon erwähnt, in eine geringfügige Senkung der Wohnungsmieten einwilligen. Im übrigen aber machen die Hausbesitzer eine Milchmädchenrechnung auf, wonach der grösste Teil des auf diese Weise entstehenden Steuerausfalls dadurch wieder eingeholt werden könnte, dass der Hausbesitz wieder gesunden und dadurch an Steuerkraft gewinnen würde. Wir haben in den letzten Jahren schon eine ganze Reihe von Besitzsteuerermässigungen erlebt. Aber wir haben es noch nicht erlebt, dass auf diesem Wege der Ertrag der übriggebliebenen

nen Besitzsteuer sich erhöht hätte.-

Die Hauszinssteuer ist heute das stärkste Rückgrat der öffentlichen Finanzen. Sie ist noch immer trotz der Einschränkungen, die leider durch die Notverordnung vom 1. Dezember vorgenommen wurden, der wichtigste Hebel für den Wohnungsbau. Wir erleben schon in diesem Jahr, wie katastrophal sich die Einschränkungen der Notverordnung auf den Wohnungsbau ausgewirkt haben. Eine Reform der Hauszinssteuer im Sinne der Hausbesitzer und Hypothekenbanken würde zwar für diese Interessentenhaufen ein willkommenes und sachlich überflüssiges Geschenk bedeuten, für die öffentlichen Finanzen aber eine schwere Erschütterung, für die breiten Massen eine Mehrbelastung, die wesentlich höher wäre als die Senkung der Mieten, und für den Wohnungsbau einen vernichtenden Schlag.

SPD. Der Reichskohlenverband veröffentlicht in seinem Jahresbericht einen Ueberblick über die Entwicklung am Weltkohlenmarkt, die sicherlich eine der grössten Tragödien birgt. Auf der einen Seite sehen wir eine Steigerung der Leistung ins Phantastische, auf der anderen Seite werden Hunderttausende von Bergknappen brotlos, türmen sich unverkäufliche Kohlenhalden.

Während im Jahre 1929 die Steinkohlenförderung in der Welt - in der Hauptsache wohl durch den strengen Winter - mit 1 321 Millionen Tonnen einen Höhepunkt erreichte, ist sie im Jahre 1930 auf 1 200 Millionen Tonnen (um 9,1 %) gesunken. Damit liegt sie mit noch 15 Millionen Tonnen unter dem Stand von 1913. In Europa sank die Förderung mit fast 600 Millionen Tonnen um 6,1 %, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika dagegen mit rund 550 Millionen Tonnen um 12,7 %. In Amerika lag damit die Förderung etwa auf dem Stand der grossen Krise im Jahre 1922, in Europa dagegen um etwa 4 Millionen Tonnen unter dem Ergebnis von 1913. In Europa war die Entwicklung durchaus uneinheitlich. England, Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei haben eine absinkende Förderung, Holland, Frankreich, Belgien und Russland konnten ihre Förderung erhöhen. Ausschlaggebend ist aber der Rückgang in den Hauptkohlenländern der ersten Gruppe. Unter Druck dieser Entwicklung hat sich der Konkurrenzkampf verschärft, besonders ist es Polen, das die Preise unterbietet und vor allem den englischen Kohlenexport zurückdrängt. Auch der deutsche Kohlenexport ist im Jahre 1930 zurückgegangen. Trotzdem hat Polen aber seine Förderung weit mehr einschränken müssen (um 18,7 %) als die anderen Länder. Mit Schleudern können eben die Dinge nicht gemeistert werden. Die Konkurrenz auf den Kohlenmärkten hat natürlich den Gedanken einer internationalen Kohlenverständigung gefördert. Insbesondere hat England Schritte nach dieser Richtung unternommen. Der Bericht des Reichskohlenverbandes bemerkt dazu, dass sich die deutschen Bergindustriellen den englischen Wünschen nach einer Aussprache nicht entgegen stellen werden, dass man aber bei den Schwierigkeiten der ganzen Frage den Erörterungen nicht mit all zu grossem Optimismus entgegen sehen dürfe.

Soweit die deutsche Kohlenwirtschaft in Frage kommt, ist der Verbrauch an Steinkohle und Koks, auf Steinkohle umgerechnet, von 107,89 Millionen Tonnen im Jahre 1929 auf 83,84 Millionen Tonnen gesunken. Der Verbrauch von Rohbraunkohle und Braunkohlenbriketts, auf Braunkohle umgerechnet, ging von 172,60 Millionen Tonnen auf 135,51 Millionen Tonnen zurück. In der Belieferung durch die einzelnen Reviere sind wesentliche Aenderungen nicht zu verzeichnen. Das Ruhrgebiet lieferte allerdings 1929 noch 70,2 Prozent, 1930 dagegen 68,5 Prozent des Gesamtverbrauchs. Die Belieferung Niederschlesiens stieg von 4,1 auf 4,7 Prozent, die des Aachener Bezirks von 3,3 auf 4,1 Prozent und die Niedersachsen von 1,4 auf 1,7 Prozent. Bei der Braunkohle konnte das Rheinland die Belieferung von 25,9 Prozent im Jahre 1929 auf 27,3 Prozent steigern. Bei der Steinkohle ging die Förderung auf 142,7 Millionen Tonnen zurück. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr macht 21 Millionen Tonnen = 12,7 Prozent aus. Während alle Reviere einen Förderungsrückgang zu verzeichnen haben (Ruhrgebiet 13,3%),

Oberschlesien 18,3, Niederschlesien 5,7 und Sachsen 14,8 Prozent) konnte das Aachener Gebiet seine Förderung, die durch die Nähe der belgischen Grenze günstig beeinflusst wird, um 700 000 Tonnen = 11,3 Prozent steigern. Im Braunkohlenbergbau betrug der Rückgang der Förderung 28,5 Millionen Tonnen = 16,4 %, der Rückgang in der Brikettherstellung 8,1 Millionen Tonnen = 19,3 Prozent. Die Halden haben sich stark gesteigert. Es wird festgestellt, "dass noch niemals solche Berge an Steinkohlen auf den Halden lagen". In diesem Zusammenhang wird viel von hohen Löhnen und Sozialpolitik gesprochen. Leider hören wir nichts von den Riesenkapitalverschwendungen im Bergbau, die sich jetzt in der Krise rächen. Darüber wird der Mantel christlicher Nächstenliebe gedeckt.

Im übrigen ist es unangebracht, von teuren Löhnen im deutschen Kohlenbergbau zu reden. Die Zahlen beweisen, dass sich gerade im Kohlenbergbau die Arbeitskraft verbilligt hat. Im Ruhrgebiet ist z.B. die Arbeitsleistung je Schicht und Kopf von 943 kg im Jahre 1913 bei einer 8½stündigen Arbeitszeit bis Ende 1930 bei 8stündiger Schicht auf 1 353 kg gestiegen und bis Ende März 1931 auf 1 441 kg. Die Leistung Ende März 1931 macht 152,8 Prozent der Leistung im Jahre 1913 aus. In Westoberschlesien liegt eine Steigerung um 134,3 Prozent vor, in Niedersachsen von 133, im Freistaat Sachsen von 107,1 Prozent und im Aachener Bezirk von 130,4 Prozent. Was bedeutet diese Rationalisierung? Nur das: 144 100 Bergknappen erhielten im Steinkohlenbergbau von Ende Dezember 1929 bis Ende März 1931 die Abkehr. Im Braunkohlenbergbau waren es 21 200. Im Ruhrgebiet ist die Belegschaft von 354 577 Ende 1929 auf 252 827 Ende März 1931 zurückgegangen, in Oberschlesien von 57 855 auf 44 672, in Niederschlesien von 26 298 auf 20 260, in Sachsen von 22 685 auf 17 254 und in Niedersachsen einschliesslich Ibbenbüren von 6 482 auf 5 855. Aachen, das seine Förderung noch steigerte, brauchte die Belegschaft nur von 23 437 auf 26 635 vermehren. Aber auch die noch Beschäftigten mussten eine Kürzung ihres Verdienstes durch Feierschichten auf sich nehmen. Allein im Ruhrrevier wurden im Laufe des Jahres 1930 nicht weniger als 9,639 Millionen Feierschichten, im ersten Vierteljahr des Jahres 1931 weitere 2,5 Millionen Feierschichten eingelegt. Angesichts dieser Tatsache wagt man noch von hohen Löhnen zu sprechen!

SPD. Die Reichsbank hat am Dienstag mit Wirkung vom 11. August ab den Reichsbankdiskont von 15 auf 10 Prozent und den Lombard von 20 auf 15 Prozent heruntersetzt.

Mit diesem Entschluss war nach dem letzten Reichsbankausweis, der eine günstige Entwicklung zeigte, zu rechnen. Der Satz von 15 Prozent war ja auch nur eine Notmassnahme, sollte die Ingangsetzung des Zahlungsverkehrs decken und den Missbrauch des Reichsbankkredits verhüten. Dass es sich schon möglich gemacht hat, nach kurzer Zeit den Satz von 15 auf 10 Prozent zu ermässigen, beweist, wie ungerechtfertigt die sogenannten Belange der Wirtschaft waren, die gegen die Erhöhung des Diskonts ins Feld geführt wurden.

Die Erhöhung des Reichsbankdiskonts hat dazu beigetragen, die Welle des Misstrauens abebben zu lassen. In der Begründung für die Herabsetzung des Diskontes sagt die Reichsbank, dass im Wirtschaftsleben deutlich Entspannungsmerkmale unverkennbar seien; die Reichsbank bleibe sich bewusst, dass auch die neuen Zinssätze der Wirtschaft ausserordentliche Lasten auferlegen und sie sehe es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, ihrerseits alles zu versuchen, was geeignet ist, Diskontermissungen zu ermöglichen.

SPD. Basierklingen erbringen nicht weniger als 22 Prozent Dividende. Diese Leistung verzeichnet der Deutsche Basierklingenkonzern Roth-Büchner in Berlin-Tempelhof. Grossaktionäre des Unternehmens sind die Gillette Safety Razor Co und das Bankhaus Goldschmidt, Rothschild & Co..

Zu dieser in der gegenwärtigen Krisenzeit sensationell wirkenden Dividende wird bemerkt, dass der Konzern es verstanden habe, durch verstärkte Exportaufträge die schwierige Lage im Inland auszugleichen. Weiter habe man durch neue Maschinen die Gesteungskosten weiter verringert. Dass das in ausreichendem Masse geschehen ist, beweist die Bilanz, die starke stille Reserven enthält. Der Bruttogewinn konnte von 4,20 Millionen Mark auf 5,16 Millionen Mark gesteigert werden. Die Abschreibungen werden von 820 000 auf 1,02 Millionen Mark heraufgesetzt. Der Reingewinn wird mit etwa 944 000 Mark dem Vorjahrsreingewinn angepasst.

Berliner Viehmarkt.

(11. August 1931)

SPD. Die Preisbewegungen waren auch am Dienstagmarkt fast durchweg von der Belieferung abhängig. So hatte der Auftrieb am Schweinemarkt besser sein können. Die Verkäufer konnten Preiserhöhungen durchsetzen, die etwa 2 Pfennig pro Pfund ausmachen. Aus denselben Gründen erklärt sich auch die Preissteigerung auf dem Hammelmarkt, die höher ist als die auf dem Schweinemarkt. Auch auf dem Rindermarkt war der Auftrieb zu klein. Dagegen wurden die Preise auf dem Kälbermarkt durch die reichliche Beschickung geworfen.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) 57 (55), b) (240-300 Pfd.) 56-58 (54-56), c) (200-240 Pfd.) 56-58 (54-56), d) (160-200 Pfd.) 54-57 (52-54), e) (120-160 Pfd.) 52-53 (50-51). Sauen 50-51 (48-50). Kälber: b) 48-55 (50-58), c) 43-53 (44-55), d) 30-40 (32-40). Schafe: a) 49-52 (45-47), b) 50-53 (47-50), c) 43-46 (41-45), d) 24-35 (20-33). Kühe: a) 32 bis 36 (32-36), b) 24-30 (24-30), c) 20-23 (20-22), d) 15 - 18 (15-18).

Buttermarkt.

SPD. Die Berliner Butternotierungskommission bezeichnet die Tendenz wieder als stetig und setzte die Preise, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten für den Zentner wie folgt fest: I. Qualität 126, II. 116, abfallende Ware 102 RM.

SPD. Die Bestrebungen der französischen Regierung, die Kohleneinfuhr nach Frankreich einzuschränken, um den heimischen Kohlenbergbau zu schützen, haben auch Einfuhrverhandlungen mit Deutschland notwendig gemacht. Jetzt ist eine Einigung erzielt worden, die folgendes vorsieht: Der deutschen Einfuhr wird eine Monatsziffer zugrunde gelegt, die sich aus den Importen während der Jahre 1928 - 1930 errechnet und um 20 Prozent vermindert wird.

Hausse hält an.

(Berliner Getreidebörse vom 11. August)

SPD. Auch am Dienstag hielt an der Berliner Produktenbörse die haussierende Stimmung in unveränderter Schärfe an. Angebot an promptem Weizen und Roggen vom Lande fehlte fast völlig. Sofern ein Waggon auf den Markt kam, erzielte er um etwa 10 Mark höhere Preise als am Vortage. Mühlen wie auch Händler waren eifrig bestrebt, jegliches Material, das angeboten war, an sich zu ziehen. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen die Eröffnungsnotierungen für Weizen um 10, für Roggen um 9 Mark höher; jedoch ging ein grosser Teil dieser Gewinne bei der Schlussnotiz wieder verloren. Auch für Mehl in beiden Sorten waren die Forderungen der Mühlen um etwa 1 Mark heraufgesetzt. Der Handel bewilligte diese Forderungen zwar nur zögernd. Da aber der Konsum schwach versorgt ist trafen die Preiserhöhungen auf keinen stärkeren Widerstand. Am Hafermarkt war knappes Angebot. Es zeigte sich Kaufinteresse für alte und neue Ware, sodass bei fester Tendenz auch hier die Preise um 3 Mark anziehen konnten.

	10. August	11. August
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	198 - 200	205 - 207
Roggen	159 - 160	168 - 179
Neue Wintergerste	144 - 157	148 - 159
Hafer	145 - 150	136 - 144
Weizenmehl	25,00 - 34,50	26,25 - 34,75
Roggenmehl	23,50 - 25,50	24,75 - 26,50
Weizenkleie	10,00 - 10,25	10,25 - 10,75
Roggenkleie	9,50 - 9,75	9,75 - 10,25

Handelsrechtliche Liefergeschäfte: Weizen September 222 - 219. Oktober 227 - 223. Roggen September 184 - 181, Oktober 181 - 183, Hafer September 147 - 143, Oktober 147 - 144.

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) R#	0,45 - 0,60
" " Weizenstroh R#	0,35 - 0,50
" " Haferstroh R#	0,35 - 0,50
" " Gerstenstroh R#	0,35 - 0,50
Roggen= Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt R#	0,45 - 0,65
Bindfadengepresstes Roggenstroh R#	0,35 - 0,55
Häcksel R#	1,25 - 1,35
Tendenz sehr still		
Handelsübliches Heu, gesund und trocken R#	1,25 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken R#	1,70 - 2,20
Thymothee, lose R#	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose R#	2,15 - 2,45
Mielitz=Heu, lose, rein R#	-
Drahtgepresstes Heu R#	0,30 über Notiz
Tendenz behauptet.		